

Die Atomgesetznovelle – Ausstieg oder Augenwischerei?

Im Dezember 2001 hat die Atomgesetznovelle die letzte parlamentarische Hürde genommen. Anfang 2002 soll sie in Kraft treten. Damit wird der jahrelange Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke gesetzlich festgelegt. Außer einer Willensbekundung zum Ausstieg gibt es im wesentlichen nur Rückschritte zu verzeichnen. Das Kalkar-Urteil von 1978, worin es heißt "wichtigster Grundsatz ist die Unabdingbarkeit größtmöglichen Schutzes für Leben und körperliche Unversehrtheit vor den Gefahren der Kernenergie", wird in seiner Bedeutung ausgehöhlt und eben jene Gefahren von der Bundesregierung zum sozialadäquaten Restrisiko erklärt. Im jetzigen § 1 wird die "Sicherstellung des geordneten Weiterbetriebs bis zur Beendi-

nicht mehr mit "schadloser Entsorgung" gleichgesetzt. Eine Wiederaufbereitung ist stets mit Atommüll-Transporten verbunden. Dieser Ausstieg für Deutschland soll erst im Jahre 2005 stattfinden LaHague und Sellafeld werden allerdings weiter arbeiten. Von dort muss Deutschland seinen wiederaufbereiteten Müll zurücknehmen. Daher wird es noch bis mindestens 2016 Castor-Transporte geben. Auch dieser Ausstieg ist nicht unumkehrbar.

Nach über 30 Jahren Atomenergie gibt es immer noch kein sicheres Endlager. Es existiert lediglich eine Arbeitsgruppe, die Kriterien für ein Endlager zu erarbeiten bemüht ist sowie Konzepte zur "Akzeptanzförderung in der Bevölkerung". Die Forderung im alten Atomgesetz nach dem "Nachweis einer sicheren Entsorgung", sprich Endlagerung, war einer der letzten Punkte, mit dem der Gesetzgeber ursprünglich die Genehmigung für die Atommeiler hätte widerrufen können. Dies hat sich endgültig als Augenwischerei entpuppt und ist durch die Forderung nach dem "Nachweis einer realistischen Planung eines Zwischenlagers" ersetzt worden, ganz im Sinne der Kraftwerksbetreiber. Letztere haben durch diesen

Passus im Gesetz sogar einen Anspruch auf den Bau der Zwischenlager. Die Genehmigung derselben wird nach § 6 Atomgesetz durchgeführt und bedeutet, dass die Zuständigkeit beim Bundesamt für Strahlenschutz liegt. Renitente Landesbehörden können so umgangen werden.

Für die schleswig-holsteinischen Kraftwerke bedeutet dies konkret: In Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf werden Zwischenlager gebaut und die Gefahr einer Freisetzung von Radioaktivität wird erhöht. Zusätzlich wird die Gesamtmenge an radioak-

AKW Brunsbüttel - noch 7 Jahre am Netz

tion" sogar festgeschrieben. Die neuen Verordnungen, die sich auf diesen Paragraphen beziehen, bringen fast durchweg Kostenentlastungen für die Atomwirtschaft! Besonders gravierend ist, dass das Verbot des Neubaus von AKW's durch andere politische Mehrheiten jederzeit widerrufen werden kann. Von Kanzlerkandidat Edmund Stoiber wurde entsprechendes bereits angekündigt.

Immerhin wird die Wiederaufarbeitung, die durch ihre hohen Emissionen an Radioaktivität weltweit in Verruf gekommen ist,



Sybille Macht-Baumgarten,
1. Vorsitzende
des **BUND**
Schleswig-Holstein

Atomkraft – was tun?

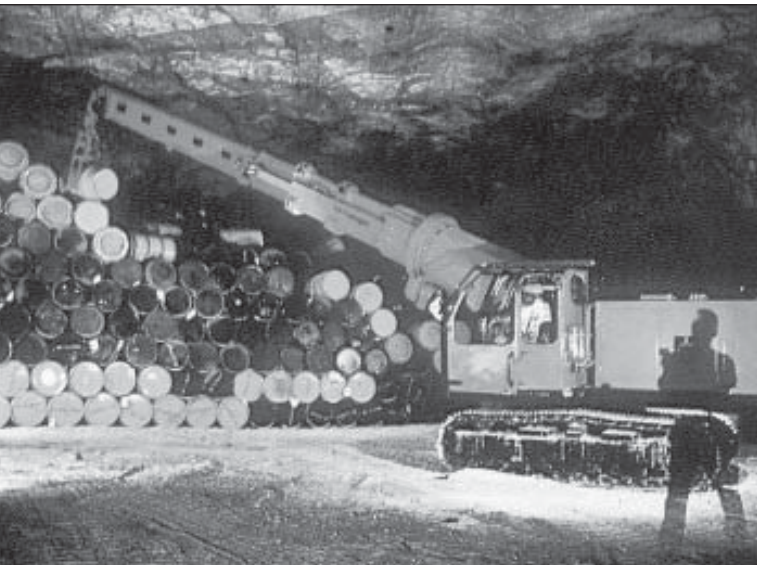
Können wir überhaupt noch etwas gegen den Fortgang der bisherigen Atompolitik tun? Doch das können wir! Wir können alle uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um weiterhin eine Nachbesserung des Atomgesetzes zu fordern und gegen den Bau der Zwischenlager zu protestieren.

Und wir können noch mehr tun: Wir können die Nachfrage entscheiden lassen. Durch die Liberalisierung des Strommarktes sind wir nicht mehr gezwungen, unseren Strom von Energieversorgungs-Unternehmen, die Akws betreiben, zu beziehen. Atomkraftwerke werden bald unrentabel sein, wenn keiner den Atomstrom kauft. Auch werden ökologische Stromanbieter dadurch in die Lage versetzt, vermehrt in umweltfreundliche Technologien zu investieren und damit zu zeigen, dass es auch ohne Atomstrom keineswegs dunkel wird in Deutschland.

In diesem Sinne bitte ich alle, sich ihren Stromlieferanten nicht nach dem Preis, sondern nach der gelieferten ökologischen Qualität auszuwählen.

Ihre

tivem Material am Standort dramatisch erhöht. Gegenseitige Beeinflussungen und Erhöhungen des Risikopotentials sind denkbar. Ein Mehrbarriersystem im Zwischenlager gegen Freisetzungen ist ebenso wenig vorgesehen wie eine



Die Endlagerung ist weiterhin völlig ungeklärt

Überwachung der Hallenatmosphäre. Auch die Wirksamkeit der sogenannten "Naturluftzugkühlung" ist umstritten. Vor allem bietet sie keinerlei Schutz gegen ein Ausdringen von Radioaktivität, sollte ein Behälter undicht werden. Aber bereits im Normalbetrieb wird vom Zwischenlager Strahlung abgegeben. Gegen schwere Einwirkungen von außen wie Erdbeben, Erdbeben, Jahrtausendhochwasser, Explosionsunfälle, Flugzeugabstürze oder Terroranschläge sind die Lager nur unzureichend gesichert. Gefahren durch Terroristen, vor denen lange gewarnt wurde und die am 11. September in trauriger Weise deutlich wurden, werden ungeachtet dieser Ereignisse in Kauf genommen.

Die schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke sind dabei schlecht bis gar nicht für einen solchen Fall gerüstet. Brunsbüttel als ältestes Kraftwerk ist ungeschützt. Der Sicherheitsbehälter in Krümmel wurde immerhin schon so konstruiert, dass er den Absturz eines Starfighters (10 Tonnen) aushalten kann. Brokdorf wurde für den Absturz eines Tornados (20 Tonnen) ausgelegt. Dabei soll der Reaktor-druckbehälter intakt bleiben, während der Schutzmantel erheblich beschädigt würde. Nach Aussage des schleswig-holsteinischen

Wer mehr über die Atom-Problematik wissen will, findet Informationen im Internet:
www.bund.net/themen/
www.bund-nrw.de/atom.htm

Staatssekretärs Wilfried Voigt sind aber alle Anlagen nicht geschützt, wenn eine 350-Tonnen-Verkehrsmaschine auf sie stürzt, die zudem sehr viel mehr Kerosin getankt hat. Für die zukünftigen Zwischenlager ist eine Sicherung gegen einen solchen Absturz bislang nicht vorgesehen.

Die Deckungsvorsorge, d. h. die Haftpflichtversicherung für sämtliche deutschen Kernkraftwerke, ist von 0,5 auf 5 Milliarden DM erhöht worden. Dabei muss aber nicht eine Versicherung über die volle Summe abgeschlossen werden, sondern die Kraftwerksbetreiber können füreinander einspringen. Wenn man bedenkt, dass Berechnungen für einen SuperGAU Schäden in der Größenordnung von 10.000 Milliarden DM ergeben haben und dass die Versicherungssumme für einen ganz normalen PKW schon ca. 1 Million DM beträgt, ist das lächerlich wenig.

Die mit der Novelle neu aufgenommene Festlegung von Sicherheitsüberprüfungen erweist sich auf den zweiten Blick als problematisch. Der Gesetzestext lässt durchaus die Interpretation zu, dass die Standards auf dem Stand von heute eingefroren werden können und nicht mehr verschärft werden. Auch ist eine Überprüfung nur alle 10 Jahre vorgesehen und die Leitlinien zur Überprüfung müssen mit den Betreibern abgestimmt werden. Die Überprüfung wird von den Betreibern selbst vorgenommen und wird der Aufsichtsbehörde vorgelegt. Man stelle sich vor: Man muss mit seinem Auto nur alle 10 Jahre zum TÜV, darf die Prüfung selber

ausführen und hat noch Mitspracherecht, was und wie überhaupt geprüft werden soll!

Weitere Bestandteile des neuen Atomgesetzes sind ausgesprochen kritisch zu betrachten, z. B. dass das Planfeststellungsverfahren für den Schacht Konrad abgeschlossen werden soll, oder die Aussage: "Die Bundesregierung wird keine Initiative ergreifen, mit der die Nutzung der Kernenergie durch einseitige Maßnahmen diskriminiert wird. Dies gilt auch für das Steuerrecht". Dies macht unter Umständen die Besteuerung von Uranbrennstoff unmöglich und schreibt dadurch die indirekte Subventionierung fest. Brunsbüttel soll noch bis zum 9.2.2009, Krümmel noch bis zum 28.3.2016 und Brokdorf noch bis zum 22.12.2018 betrieben werden. Ob diese Termine die endgültigen sind, ist fraglich. Jedem Kraftwerk wird eine Reststrommenge zugeordnet. Die angegebenen Restlaufzeiten kommen so aber nur bei einer ungewöhnlich hohen Auslastung von 91,8 % zustande. Wird weniger produziert, verlängert sich die Laufzeit. Die durchschnittliche Auslastung in den deutschen Kraftwerken beträgt 80-85%. Außerdem können Reststrommengen von einem Kraftwerk, das aus sicherheitstechnischen Gründen oder wegen Unwirtschaftlichkeit stillgelegt wird, auf ein anderes übertragen werden, dessen Laufzeit sich dementsprechend verlängert.

Dennoch dürfen wir jetzt nicht resignieren, sondern müssen weiterhin auf Veränderungen hinarbeiten und auf Verbesserungen drängen.

Gisela Yvonne Lentz



Unser Protest wird weitergehen

Neue Landes-Arbeitskreise beim **BUND**

BUND Arbeitskreis Atomausstieg

Leise und von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, wurde die Atomgesetznovelle auf den Weg

richsen, wissenschaftlicher Beirat Atomenergie des **BUND S-H**, am 8. Dezember 2001 in Rendsburg



BUND Arbeitskreis Atomausstieg tagt in Rendsburg

gebracht. Was bedeutet diese konkret für den Ausstieg aus der Atomenergie? Wird der Ausstieg dadurch tatsächlich gewährleistet? Wie wirkt sich die Novellierung des Atomgesetzes auf die Schleswig-Holsteinischen Atomkraftwerke aus? Diese und andere Fragen sind Gegenstand der Diskussionen des Arbeitskreises, welcher von diesbezüglich Engagierten beim **BUND** im August 2001 gegründet wurde. Als Einstieg in das Thema und Auftakt für die nächsten Arbeitskreis-Sitzungen, leitete Karsten Hin-

richsen ein Seminar zum Thema „Die neue Atomgesetznovelle – Ausstieg oder Augenwischerei?“. Karsten Hinrichsen erläuterte das geltende Atomgesetz. In Arbeitsgruppen informierten sich die Teilnehmer über die bevorstehenden Änderungen und diskutierten im Anschluss deren potentielle Auswirkungen im Hinblick auf einen Atomausstieg und die zukünftige Entsorgung der radioaktiven Abfälle.

Für das kommende Jahr sind zudem Aktionen und Pressearbeit geplant, um die Öffentlichkeit bes-

ser zu informieren. Auch sollen Alternativen zur Atomenergie stärker in die Diskussionen einbezogen werden. Noch ist der Teilnehmerkreis recht übersichtlich, so dass weitere Interessierte besonders willkommen sind. *Dr. Ina Walenda*

Ansprechpartner:
Dr. Karsten Hinrichsen
Gisela Yvonne Lentz
Tel. 0431-6 60 60-10
Email: gl@min.uni-kiel.de

Nächstes Treffen am Samstag, 9. März 2002.
Thema:
Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle und Strahlenschutz-Verordnung.
Ort: Rendsburg, Umweltzentrum "Der Speicher", Am Gymnasium 1 (Tel. 04331-25865) um 14.00 Uhr.



Unser Wissenschaftlicher Beirat Karsten Hinrichsen führt in die Atom-Problematik ein

BUND Arbeitskreis Landwirtschaft

Für den **BUND** ist der Bereich Landwirtschaft ein großes Betätigungsfeld, zu prüfen, inwiefern hier die Belange des Umwelt- und Naturschutzes Berücksichtigung finden. Immerhin werden in Schleswig-Holstein ca. 73 % der Landesfläche landwirtschaftlich genutzt. Doch vor allem die aktuellen Skandale rund um BSE und MKS weckten gesellschaftlich wie auch **BUND**intern mehr Interesse an Hintergrund-Informationen zur landwirtschaftlichen Praxis, insbesondere an der Nutztierhaltung

und an der Lebensmittelverarbeitung. Deshalb wurde im Juli 2001 der Arbeitskreis Landwirtschaft ins Leben gerufen. Wir erläutern und diskutieren jeweils aktuelle Ereignisse und Gesetzesänderungen. Da der Arbeitskreis zudem Spaß machen soll, sind für nächstes Jahr außerdem Exkursionen geplant, d. h. Betriebsbesichtigungen. Die Treffen finden ca. alle drei Monate statt. Neue Aktive, die keine Agrar-Experten sein müssen, sind gern gesehen.

Dr. Ina Walenda

Ansprechpartner:
Dr. Hans-Georg Starck
Dr. Ina Walenda
Tel. : 0431-6 60 60-50
Email: bund-sh@bund.net

Nächstes Treffen am Donnerstag, 28. Februar 2002.
Karsten Lieberam-Schmidt hält einen Vortrag zum Thema Naturschutz und Landwirtschaft – Mit- oder gegeneinander.
Ort: Rendsburg, Umweltzentrum "Der Speicher", Am Gymnasium 1 (Tel. 04331-25865) um 19.30 Uhr.

Ort und Termin des nächsten AK-WRRL-Treffens können in der Landesgeschäftsstelle erfragt werden.
Ansprechpartner:
Martin Marquardt
Tel.: 0431-6 60 60-40
eMail: bund-sh@bund.net

Ort und Termin der nächsten AK-29 Sitzung können in der Landesgeschäftsstelle erfragt werden.
Ansprechpartner:
Martin Marquardt
Tel.: 0431-6 60 60-40
eMail: bund-sh@bund.net

BUND Arbeitskreis Wasserrahmenrichtlinie

Durch die Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union soll eine weitere Verschlechterung der Wasserqualität der Fließgewässer vermieden und nach Möglichkeit baldmöglichst eine Verbesserung

der Qualität herbeigeführt werden. Im kürzlich eingerichteten Arbeitskreis Wasserrahmenrichtlinie sollen die vom BUND geforderten Standards und Prioritäten definiert werden. Wir versuchen, lokale Probleme

bei der Umsetzung und Mitwirkung zu lösen und möchten letztlich durch den Meinungsaustausch eine Motivation der in den lokalen Arbeitsgruppen Tätigen erreichen.

BUND Arbeitskreis § 29

Der BUND S-H ist vom Umweltministerium gemäß § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) als einer derjenigen Naturschutzverbände anerkannt, die bei Planungsverfahren beteiligt und angehört werden müssen. Für

naturschutzrechtliche Verfahren gibt es sogar eine Klagebefugnis (Verbandsklage). Um die fachliche Qualität der BUND-Stellungnahmen zu sichern, findet im BUND Arbeitskreis § 29 ca. 3-4 mal pro Jahr eine interne

Weiterbildung mit einem regen Gedankenaustausch statt. Hier können alle Probleme diskutiert und alle Fragen gestellt werden. Neue Aktivisten sind jederzeit willkommen.

Einladung zur Mitgliederversammlung der BUND Kreisgruppe Segeberg

Einladung der BUND-Kreisgruppe Segeberg zur Mitgliederversammlung am Sonntag, 21.4.2002, in Trappenkamp

Vor der Versammlung ist eine kleine Wanderung mit Besichtigung des Kieskuhlen-Biotops vorgesehen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Treffpunkt jeweils: Landesturnschule Schleswig-Holstein, Lessingstr. 5, 24610 Trappenkamp

13.30 Uhr: Wanderung zur Kieskuhle

15.30 Uhr: Beginn der Jahreshauptversammlung

Kontakt: Klaus-Dieter Haß, Tel. 04323-3866

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

TOP 1: Begrüßung, Vorstandsbericht, Aussprache

TOP 2: Wahl eines Versammlungsleiters

TOP 3: Kassenbericht

a) Bericht des Kassenwarts

b) Bericht der Kassenprüfer

TOP 4: Feststellung des Haushaltsabschlusses 2001

TOP 5: Entlastung des Kreisvorstandes

TOP 6: Neufassung der Kreisgruppensatzung***

TOP 7: Beschluß des Haushaltes 2002

TOP 8: Neuwahl Kassenprüfer

TOP 9: Verschiedenes

*** Der Satzungsentwurf kann bei Bedarf bei der jeweiligen Kreisgruppe angefordert werden.

Einladung zur Mitgliederversammlung der BUND Kreisgruppe Rendsburg/Eckernförde

am 20. März 2002 um 19.30 Uhr im Umweltzentrum "Der Speicher", Am Gymnasium 1, 24768 Rendsburg, Tel: 04331-25865

Zu Beginn wird Reinhard von Gehren über den Stand der für den Sommer 2002 geplanten Förderwerbung im Gebiet der Kreisgruppe informieren.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

TOP 1: Begrüßung

TOP 2: Wahl der Versammlungsleitung

TOP 3: Genehmigung der Tagesordnung

TOP 4: Bericht des Vorstandes; Aussprache

TOP 5: Bericht der Orts- und Arbeitsgruppen; Aussprache

TOP 6: Bericht der Schatzmeisterin; Aussprache

TOP 7: Bericht der Kassenprüfer; Aussprache

TOP 8: Änderung/Ergänzung der Kreisgruppensatzung ***

TOP 9: Entlastung des Vorstandes

TOP 10: Beschluß über den Haushalt 2002

TOP 11: Wahlen

a) KassenprüferIn

b) Delegierte zur Landesdelegiertenversammlung

TOP 12: Anträge

TOP 13: Verschiedenes

Mit dem BUND ins Internet

„Unsere BUND-Gruppe im Internet“
(Einführung HTML, Domainanmeldung,...)

Wer sich weitergehend mit dem Medium Internet auseinandersetzen möchte, und Interesse an einer eigenen Präsenz im Netz hat, kann im Februar/ März an dem BUND internen Seminar „Unsere BUND-Gruppe im Internet“ teilnehmen. Ziel des Seminars ist es, den Teilnehmern zu vermitteln, wie eigene Seiten erstellt und ins Internet gestellt werden. Voraussetzungen sind lediglich erste Erfahrungen mit dem Medium Internet (surfen, Email) und mit Textverarbeitung unter Windows.

Ort: Landesgeschäftsstelle Kiel

Anmeldefrist: 25. Februar 2002; Anmeldung und Infos: 0431-6 60 60-51 oder per Email unter:

bund-sh@bund.net

Hinrich Dreiling

Seminartermine:
Mittwoch,
27. Februar 2002,
19:00 Uhr
Samstag,
2. März 2002,
14:00 Uhr

Einladung zur Mitgliederversammlung der BUND Kreisgruppe Dithmarschen

Am: 8. März 2002

Um: 19.00 Uhr

Wo: Nindorfer Hof

Nindorf

Kontakt: Bendine Renner

Tel: 04832-4247

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des BUND; hiermit laden wir zu unserer Jahreshauptversammlung 2002 herzlichst ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

TOP 1: Begrüßung

TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung

TOP 3: Vorstandsbericht, Aussprache

TOP 4: Beschluß einer Kreisgruppensatzung ***

TOP 5: Kassenbericht, Bericht der Kassenprüfer

TOP 6: Berichte aus den Ortsgruppen

TOP 7: Entlastung des Vorstandes

TOP 8: Verschiedenes

Im Anschluss spricht Dipl. Forsting. Gottfriedsen über
Die naturnahe Jagd auf dem Weg zum wildgerechten Wald.

Mehr Öko-Lebensmittel in die Supermärkte!

BUND-Kampagne „Besser iss Bio“ tourte von Juli bis

Oktober 2001 durch 41 Städte, auch durch Kiel und Heide.

„Berta“ ist eine fast fünf Meter hohe Riesensau, die sich aus einem engen Käfig zu befreien versucht. Sie setzte die **BUND**-Info-Stände in Szene, um für Produkte aus ökologischem Landbau zu werben,

ren kaufen wollen, nicht dort hingehen, wo es diese Waren bisher gab, müssen diese Waren zu ihnen kommen. Des Weiteren ist unabhängig, dass den Supermarkt-Kunden zu jedem Lebensmittel des

Bremer-Platz. Der Leiter des Umweltschutzamtes Kiel, Michael Sinofzik, unterstützte die **BUND**-Kampagne und schrieb sich als Erster in die bereit liegende Unterschriftenliste für mehr „Öko“ in den Supermärkten ein.

Im Unterschied zum Landesverband Kiel veranstaltete die Kreisgruppe Dithmarschen die „Besser iss Bio“-Aktion am 20. Oktober 2001 auf einem „normalen“ Wochenmarkt. Der Heider Marktplatz ist von der Fläche her einer der

größten in Europa. Entsprechend größer gestaltete sich der Andrang der Marktbesucher auch am Stand der **BUND**-Kreisgruppe. Im Rahmen der Aktionen bot sich ausgiebig Gelegenheit zu Gesprächen mit unterschiedlichem Publikum, u. a. mit nach verschiedenen Richtlinien arbeitenden Bio-Bauern. So gab es zum Sinn und Zweck der **BUND**-Kampagne auch kritische Stimmen: Während eine deutliche

Mehrzahl der Standbesucher und die nach Bioland-Kriterien wirtschaftenden Bauern mehr „Öko“ im Supermarkt (und damit unsere Aktion) tendenziell positiv beurteilten, standen Demeter-Landwirte und deren Anhänger unserer Forderung nach mehr „Öko“ im Supermarkt ablehnend gegenüber. Gründe: Etwa 80 % der deutschen Öko-Erzeugnisse genügen den vergleichsweise strengen Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (AGÖL). Bei massiver Nachfrage des Handels bzw. der Verbraucher nach Bio-Produkten, so die geäußerte Prognose, wird bei den Bio-Anbietern (genauso wie jetzt bei den Anbietern konventioneller Ware) der Preisdruck dra-

Grundbedarfs mindestens eine ökologisch erzeugte Alternative zur Auswahl steht. So rief der **BUND** die Unternehmen im Rahmen der Aktionen durch umfangreiche Unterschriftensammlungen zu einer effektiveren Marketing-Konzeption für Bio-Lebensmittel auf: Bio-Produkte müssen verstärkt gelistet, vorteilhafter präsentiert und stärker beworben werden. Der Handel hingegen argumentiert, bisheriges Hindernis für eine Ausweitung des Öko-Sortiments sei die in den vergangenen Jahren ungenügende Kundenresonanz gewesen. Daher

stand hinter den **BUND**-Aktionen gleichzeitig die Absicht, interessierte Verbraucher in Bezug auf die Vorteile von Bio-Produkten sowie über die Themenbereiche „Ökologische Landwirtschaft“ sowie „artgerechte Nutztierhaltung“ zu informieren und weiterhin daran zu erinnern, dass die geforderte Agrarwende nicht zuletzt vom eigenen Kaufverhalten abhängt: Ökologisch, regional und saisonal soll es sein.

Als „Berta“ am 19. Oktober 2001 in Kiel ankam, war ihr Käfig bereits den zahlreichen Werbe-Einsätzen zum Opfer gefallen. Nichtsdestotrotz war sie der Blickfang des Öko-Wochenmarktes auf dem Asmus-



Sau Berta in Kiel

genauer gesagt, um deren verstärkten Einzug in die Supermärkte zu forcieren. Das nach dem BSE-Skandal verkündete Ziel der Bundesregierung heißt 20 % Öko-Landbau bis zum Jahr 2010. Soll es tatsächlich Erfolgsaussichten haben, wird der Weg eines deutlich stärkeren Verkaufs über die Supermärkte unumgänglich sein. Österreich und die Schweiz haben es vorgemacht. Wenn die Menschen, die Bio-Wa-



Berta auf Deutschlands größtem Markt-
platz in Heide



Spass mit der Apfelschälmaschine



Leckere Bio-Äpfel für alle

stisch zunehmen, denn im deutschen Lebensmittelhandel herrscht ein enormer Konkurrenzdruck. Diese Tatsache begünstigt ausländische Anbieter sowie vorzugsweise diejenigen, die nach der unter Umweltaspekten relativ niedrig angesiedelten EU-Öko-Verordnung erzeugen. Die EU-Vorgaben haben gegenüber den Richt-

linien der deutschen Bioverbände ein wesentlich geringeres Anspruchsniveau wodurch kostengünstiger produziert werden kann. Befürchtet werden Wettbewerbsnachteile. Viel in jeder Hinsicht „billige“ Öko-Ware wird in die Supermarkt-Regale gelangen und in

einer Verschärfung des Preisdruckes resultieren. Die etablierten Anbauverbände mit den strengeren Richtlinien blieben mit ihren Qualitäts-Produkten bestenfalls bei ihrem jetzigen Nischendasein. Zudem wird der Verbraucher, sofern es das neue Bio-Siegel betrifft, nicht unbedingt unterscheiden können, ob es sich um Import-Ware oder eine zu bevorzugende regionale Herkunft der Bio-Lebensmittel handelt.

Der **BUND** teilt diese Bedenken, befürwortet aber dennoch eine schnelle Expansion des Öko-Angebotes in Supermärkten auf der Grundlage der EU-Öko-Verordnung. Für bislang konventionell wirtschaftende Landwirte kann sich die Umstellung als „Einstiegsdroge“ hin zu einer um-

weltverträglicheren und tiergerechteren Landwirtschaft erweitern. Es besteht berechtigte Hoffnung, daß unter diesen Voraussetzungen (vor allem mittels der Möglichkeit zur Teilbetriebsumstellung) mehr Bauern den Schritt weg vom Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenbehandlungsmittel und Mineraldünger sowie nicht tierartgerechten Haltungssystemen wählen als bei vergleichsweise höheren Anforderungen. An zu verschärfenden Kriterien für die EU-Öko-VO gilt es allerdings noch dringend zu arbeiten!

Dr. Ina Walenda

Spritsparerer geehrt

Auf dem Öko-Wochenmarkt wurde auch der Gewinner der Spritsparaktion geehrt. Bei der am 13. Oktober in Kiel und am folgenden Tag in Rendsburg durchgeführten Spritspar-Aktion galt es, mit Unterstützung eines Fahrlehrers, eine definierte Rundstecke mit möglichst geringem Benzinverbrauch

zu absolvieren.

Herr Stefan Wagner aus Dänisch-Nienhof erzielte mit dem 66 kW starken Wagen einen Durchschnittsverbrauch von lediglich 6,5 l. Als bester Kieler Starter erhielt er einen wertvollen Picknick Rucksack. *Martin Marquardt*



Neuer Zukunftswald in Bovenau

Am 6. Dezember 2001 pflanzte die **BUND**-Kreisgruppe Rendsburg-Eckernförde in unmittelbarer Nähe des Nordostseekanals am Ostrand des Gutes Steinwehr (Himbeerhof) in der Gemeinde Bovenau den zwölften Zukunftswald 2000 in Schleswig-Holstein. Mitglieder der **BUND**-Kreisgruppe und der Landesgeschäftsführer Hans-Jörg Lüth haben gemeinsam mit Vertretern der Gemeinde Bovenau, an der Spitze ihr Bürgermeister Jürgen Liebsch, und einigen **B a u m p a t e n**

zwanzig hochstämmige Wildbirnenbäume entlang des Fahrweges nach Sehestedt gepflanzt. Eine Fortsetzung des Projektes ist für das Frühjahr 2002 geplant.

Das Projekt Zukunftswald 2000 wird seit einigen Jahren durch den **BUND** bundesweit durchgeführt. Der **BUND**-Landesverband fühlt sich diesem Projekt besonders verpflichtet, da unser Bundesland mit ca. 9 % den geringsten Waldbestand aller Flächenländer aufweist. Diese Wälder werden auf Flächen gepflanzt, die in Verwaltungsplänen nicht als Aufforstungs- oder Ausgleichsflächen ausgewiesen sind. Dadurch sorgt der **BUND** für zusätzliche Wälder. Diese neu entstehenden Zukunftswälder sehen ganz unterschiedlich aus: So unter anderem als bunte Laubmischwälder, als Alleen, als Streuobstwiesen oder wie in Bovenau als

eine Obstbaumreihe.

Mit diesen neu gepflanzten Bäumen setzt der **BUND** ein Zeichen der Hoffnung und Zuversicht in eine lebenswerte Zukunft und wünscht sich viele Nachahmer für neue Wälder in Schleswig-Holstein.

Reinhard v. Gehren



Apfeltage in Bad Oldesloe

Vom 28.-30. September 2001 fanden zum zweiten Mal Apfeltage in Bad Oldesloe statt. Die gut besuchte Veranstaltung war wiederum eine erfolgreiche Werbung für den *BUND* Stormarn und für den Naturschutz überhaupt. Neben vielen Aktionen fand vor allem die Bestimmung alter Apfelsorten durch

den Apfel-Experten Meinolf Hammerschmidt große Beachtung. Der Stand war stets dicht umdrängt und vielen Ratsuchenden konnte geholfen werden.
Kay Gladigau



Mostpressen -
Spass und
Genuss für alle



Üppige Vielfalt und
Farbenpracht beim
wohlschmeckenden
Obst

Das zum Anlass dieser Apfeltage verfasste 'Oldesloer Obstkochbuch' kann bei der *BUND*-Kreisgruppe Stormarn, Mühlenstraße 22, 23843 Bad Oldesloe, Tel.: 04531-67621, bestellt werden gegen einen Unkostenbeitrag von 7,50 Euro inkl. Versand.



Meinolf
Hammerschmidt be-
richtet über die Vor-
züge von alten, hei-
mischen Obstsorten

BUNDjugend 2002

Osterferien:

Baumpflanzaktion in Kiel; mit gesammelten Geldern wollen wir einen kleinen Beitrag zum Klimaschutz leisten

09. – 11. Mai:

Kinderfreizeit über Himmelfahrt; der Ort steht noch nicht fest, aber es soll viel mit Kindern bis 10 Jahre gebastelt und gespielt werden; vielleicht entsteht ein Theaterstück oder ein Lied?!

17. – 20. Mai:

Pfingst-Radtour zum Thema *Lebensraum Ostseeküste* mit Ausgangspunkt in Lübeck, entlang des Ostseeküstenradwegs nordwärts – schlafen im Stroh, Lagerfeuer am Strand etc.

24. – 30. Juni:

Kieler Woche: mit einem Aktionsstand und einer Ausstellung zum Thema *Energie Et Klima* wollen wir direkt am Geschehen teilhaben.

16. – 23. Juli:

in Frankreich bieten wir in den Sommerferien eine Kanufreizeit auf der Ardèche an. Wir paddeln unter dem Thema *Fließgewässer und Wassergüte*.

14. – 18. Oktober:

Traditionell findet in der Herbstferien das Wattenmeer-Seminar an dem Leuchtturm Westerhever statt. Untergebracht ist man direkt im ehemaligen Wärterhäuschen des Leuchtturms; Wattenmeerexkursion, Salzwiesenerkundung und Vogelexkursion stehen auf dem Programm.

19. – 20. Oktober:

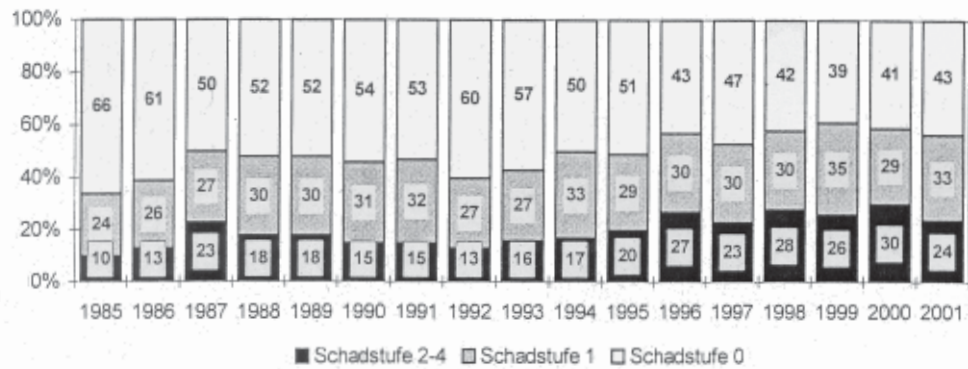
Herbsttreffen in Kiel: Es sollen neue Ideen für das kommende Jahr entstehen.

Wir wünschen den Mitgliedern der *BUND*jugend einen tollen Start in das neue Jahr!!!
Solltet ihr Fragen oder Interesse an unserem Programm haben meldet euch bei uns.



*BUND*jugend S-H
Lerchenstraße 22,
24103 Kiel
Tel. 0431 – 660 60 60
mail@bundjugend-sh.de
www.bundjugend-sh.de

Waldschäden in Schleswig-Holstein
Wegen des regenreichen Sommers gab es beim Waldsterben eine kleine Atempause, trotzdem bleibt der Zustand der Bäume, insbesondere von Buche und Eiche, weiterhin besorgniserregend.



**** Buchbesprechungen **** Buchbesprechungen ****

Agrarwende oder die Zukunft unserer Ernährung

Götz Schmidt / Ulrich Jasper
220 Seiten/ 12,50 Euro
ISBN 3-406-47570-1
Verlag C. H. Beck oHG, München
2001

Die Art der Landwirtschaft, der Umgang mit unseren Nutztieren und die Lebensmittel sind Gegenstand einer kritischen Betrachtung des im November 2001 neu erschienenen Buches „Agrarwende oder die Zukunft unserer Ernährung“. Die EU-Agrarpolitik vom „Wachsen oder Weichen“ und sonstige ökonomische Irrtümer sowie die Macht des Lebensmittelhandels werden unter die Lupe genommen. Hintergrundwissen gibt es vor allem zur Praxis der Tierhaltung. Der vielgepriesene Laufstall z. B. entlarvt sich hier als ein Herumstehstall.

Neben denen, die in der Agrarpolitik nach wie vor lediglich auf Wachstum setzen, sind eine Vielzahl an Wirtschaftsstilen zu entdecken, die, öffentlich meist wenig wahrgenommen, durchaus lebenskräftig Landwirtschaft betreiben. Diese Vielfalt praktischer Auswege aus dem vermeintlichen Wachstumszwang ist nach Analyse der Autoren Schmidt und Jasper ein optimistisch stimmendes Ergebnis: Eine alternative Agrarpolitik kann sich auf zahlreiche bereits gemachte Erfahrungen stützen. Sie bedarf keineswegs neuer Erfindungen. Näher betrachtet wird eine Auswahl aktueller Reformkonzepte mit den darin vorgeschlagenen Förderprogrammen und Kontrollsystemen.

Praktisch-politische Vorschläge, die zu einem verantwortlichen Umgang mit der Natur und unseren Ressourcen führen, werden benannt. So wird mittels des „Schweizer Rezeptes“ demonstriert, wie der nationale Ausstieg aus der Käfighaltung der Hühner gelingen kann, ohne vermeintlich zwangsläufig von Billigimporten benachbarter Länder überschwemmt zu werden. Die Stärkung des Ökologischen Landbaus nimmt unter den vorgeschlagenen Prinzipien einer sinnvolleren Agrarpolitik eine Zentralforderung ein. Festgestellt wird, dass viele Gebrechen der Landwirtschaft mit den undemokratischen Verhältnissen in ihren Verbänden und ihrer Organisation sowie ihrem Verhältnis zu Politik und Verwaltung zusammenhängen. *Ob die Bauern mit ihren Erzeugnissen Geld verdienen oder nicht, wird weniger von der EU allein entschieden, als vielmehr von der Agrarindustrie und dem Agrarhandel. Die Verfilzung von Agrarindustrie und Bauernverband wird analysiert.*

Das Buch wendet sich keineswegs ausschließlich an Agrarfachleute. Bewusst wurde auf das einschlägige Fachvokabular verzichtet. Dennoch wird, auch mittels zahlreicher Übersichten, Tabellen und Abbildungen, fachkundig einschlägiges Agrarwissen vermittelt.

Lesenswert!

Dr. Ina Walenda



Impressum:

Herausgeber:
BUND Schleswig-Holstein

Redaktion und Layout:
Martin Marquardt

Landesgeschäftsstelle:
Lerchenstraße 22
24103 Kiel
Telefon: 0431-6 60 60- 0
Telefax: 0431-6 60 60-33
eMail: bund-sh@bund.net

Auflage: 6.000

1. Quartal; Heft 1 / 2002